

04.10.94**Empfehlungen
der Ausschüsse**EU - Fz - K - U - VPzu **Punkt** der 675. Sitzung des Bundesrates am 14. Oktober 1994

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über ein spezifisches Programm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (1994-1998) im Bereich des Verkehrs

KOM(94) 68 endg.; Ratsdok. 6277/94

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Union (EU),
der Finanzausschuß (Fz),
der Ausschuß für Kulturfragen (K),
der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (U) und
der Ausschuß für Verkehr und Post (VP)
empfehlen dem Bundesrat, von der Vorlage gemäß §§ 3 und 5 EUZBLG wie folgt
Stellung zu nehmen:

EU 1. Der Bundesrat begrüßt den von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
VP vorgelegten Entscheidungsvorschlag.

EU 2. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bei den weiteren Verhandlungen bei der
U Europäischen Union klarstellend darauf hinzuwirken, daß die in Anhang II aufgeführte
(bei An- vorläufige Aufschlüsselung der Mittel für die Durchführung des Programmes
nahme deutlich zugunsten der FuE-Vorhaben in den Bereichen "Integrierte Transportketten"
entfällt (2.2) und "Nahverkehr" (2.4) verändert wird und zugleich die Mittel im Bereich
Ziffer 5) "Luftverkehr" (2.3) und "Straßenverkehr" (2.6) entsprechend verringert werden. An-
gesichts der von der EU selbst abgegebenen realistischen Prognose für den Bereich
"Integrierte Transportketten" (S. 14 der Vorlage) und der Schilderung der im Bereich
"Nahverkehr" (S. 16) zu lösenden Probleme ist die in Anhang II vorgenommene Mit-
telverteilung zu Gunsten vor allem des Luftverkehrs, aber auch des Straßenverkehrs
abzulehnen.

Ausgeliefert am 04. OKT. 1994

- EU
K
(bei An-
nahme
entfällt
Ziffer 5)
3. Der vorgeschlagene Mittelanteil für die Bereiche Eisenbahnverkehr und Nahverkehr erscheint gemessen an deren verkehrspolitischer Bedeutung unzureichend und sollte daher erhöht werden.
- EU
VP
5.[VP]
4. Er bittet die Bundesregierung, sich in den weiteren Verhandlungen auf EU-Ebene für eine Annahme des Vorschlags einschließlich der darin vorgesehenen Höhe der Haushaltsmittel [sowie deren Verteilung] einzusetzen
- EU
VP
6. und etwaigen Kürzungsvorschlägen für den Bereich der See- und Binnenschifffahrt nicht zuzustimmen.
- EU
VP
7. Ziel der vorgesehenen Forschungsarbeiten ist die Steigerung der Effizienz, die Erhöhung der Sicherheit und der Schutz der Umwelt über zu entwickelnde Konzepte. Dabei sollen insbesondere die Seeverkehrsleistungen mit neuen Technologien - vor allem Kommunikations- und Informationstechnologien - verbessert sowie der seewärtige Güter- und Personenverkehr beschleunigt und leistungsfähigere Schiffe entwickelt werden, mit denen effizientere, sichere und umweltfreundlichere Seeverkehrsleistungen erbracht werden können. Verkehrslenkungs- und Überwachungssysteme (VTS) haben hierbei einen hohen Stellenwert.
- EU
U
8. Gerade durch die Vollendung des Binnenmarktes, die zukünftige Erweiterung der EU und die Öffnung der mitteleuropäischen Länder ist ein erhebliches Weiterwachsen vor allem des Schwerlastverkehrs mit allen negativen Auswirkungen zu befürchten. Dem muß durch verstärkte Anstrengungen für die Weiterentwicklung der Transportsysteme Rechnung getragen werden.
- EU
VP
9. Insbesondere hinsichtlich der Binnenschifffahrt soll die Stellung des Verkehrsträgers in der gesamten Verkehrskette verbessert und die Entwicklung und Verlagerung der Güterverkehrsnachfrage auf die Binnenschifffahrt gefördert werden.
- EU
K
10. Innerhalb der strategischen Forschung sollte eine Abschätzung der Wirkungen siedlungsstruktureller Entscheidungen auf die Verkehrsentwicklung aufgenommen werden, da ein wesentlicher Teil des Verkehrswachstums aus der Wechselwirkung von Flächennutzung und Verkehr resultiert.
- EU
U
11. Zugleich bedarf es der verstärkten Förderung von Vorhaben im Bereich des Nahverkehrs, da auch hier weitere Zuwachsraten zu erwarten sind und die von der EU genannten Forschungsschwerpunkte (S. 16) noch erhebliche Spielräume für neue Lösungen beinhalten.

- EU
K 12. Im Rahmen der Untersuchungen zum Nahverkehr sollten auch die Probleme des Güternahverkehrs als ein Schwerpunkt aufgenommen werden. Dieser Schwerpunkt sollte die Entwicklung und Analyse lokaler und regionaler Güterverkehrskonzepte wie z.B. das City-Logistik-Konzept einschließen.
- EU
K 13. Im Bereich des Eisenbahnverkehrs sollte die Frage der Wechselwirkung der Trassierung mit den Fahrzeugkonzepten (z.B. "Neigetechnik") aufgenommen werden, da sich eventuell durch weitere Verbesserungen der Fahrzeugtechnik erhebliche Kosten im Bereich des Netzbbaus sparen lassen.
- EU
K 14. Die Ausführungen zu Zielen und Forschungsfeldern des Themenbereichs Straßenverkehr sind zu pauschal und lassen keine hinreichende, inhaltlich begründete Fokussierung auf ausgewählte Problemstellungen innerhalb dieses komplexen Bereichs erkennen. Es fehlt eine ausdrückliche Einbeziehung von Fragestellungen zu sozioökonomischen und Umweltaspekten des Straßenverkehrs, wie sie z.B. für den Themenbereich Nahverkehr vorgesehen ist und in entsprechender Weise beim Thema Straßenverkehr Berücksichtigung finden sollte.
- EU
U 15. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bei den weiteren Verhandlungen bei der Europäischen Union klarstellend darauf hinzuwirken, daß eine von der Gemeinschaft unterstützte Teilnahme am Programm nicht nur "Körperschaften", sondern auch privatrechtlichen Unternehmen ermöglicht wird. Der Begriff "Körperschaft" in Anhang III Nr. 1a ist mißverständlich und könnte zur Folge haben, daß nach deutschem Recht lediglich eine Beteiligung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften am Programm zugelassen werden könnte. Forschung und Entwicklung wird jedoch vor allem im Bereich der Privatwirtschaft betrieben, weshalb hier ergänzend zu Körperschaften auch die Beteiligungsfähigkeit privater Unternehmen sicherzustellen ist.
- EU
Fz 16. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß der Personalbestand zur Abwicklung des Programms nicht erweitert wird.